

MONITOR

NACHHALTIGKEIT NR. 05 / 2022

Auf dem Weg zur COP28 – Lektionen für die internationale Klimapolitik

In Zeiten multipler Krisen hat die COP in Ägypten mit der Einrichtung eines Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten in besonders gefährdeten Entwicklungsländern die Hoffnung auf mehr Klimagerechtigkeit genährt. Gleichzeitig stellt sich angesichts ausbleibender Fortschritte beim Thema Emissionsreduktion und dem Erreichen der globalen Klimaziele immer drängender die Frage, ob der träge wirkende UNFCCC-Prozess durch zusätzliche Initiativen, etwa im Rahmen von G7 und G20, stärker flankiert werden sollte.

André Algermißen, Kevin Oswald und Sabina Wölkner

- › Auf der COP27 konnte beim Thema Emissionsminderung ein zwischenzeitlich befürchtetes Zurückfallen hinter vorherige Vereinbarungen zwar vermieden werden, signifikante Fortschritte wurden jedoch nicht erzielt. Erstmals soll ein Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten („losses and damages“) eingerichtet werden und besonders vulnerablen Entwicklungsländern zugutekommen.
- › Da Empfehlungen für die konkrete Ausgestaltung und das Volumen dieses Finanzierungsinstruments von einer Kommission erst bis zur nächsten COP Ende 2023 erarbeitet werden sollen, ist derzeit die Wirkung eines solchen Fonds kaum ersichtlich.
- › Die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens wurden bekräftigt und die Staaten sind aufgefordert, bis zur COP28 in den Vereinigten Arabischen Emiraten ihre nationalen Klimaschutzpläne nachzubessern.
- › In Anbetracht der unzureichenden Fortschritte der Staatengemeinschaft beim Kampf gegen den Klimawandel stellt sich die Frage, ob der UNFCCC-Prozess in Zukunft stärker durch multilaterale Initiativen, etwa im Rahmen von G7 und G20, flankiert werden muss, um mehr Dynamik zu entfalten.

Inhaltsverzeichnis

COP27 unter schwierigen Vorzeichen	2
Der UNFCCC-Prozess: Ein Schritt nach vorne, zwei zurück?	3
Klimafinanzierung	3
Fonds für Schäden und Verluste	3
Das 1,5 Grad-Ziel – noch erreichbar oder schon Illusion?	4
Klimaschutz-Initiativen im Rahmen von G7 und G20 – alternativ oder komplementär?	5
Globaler Schutzschirm gegen Klimarisiken	5
Just Energy Transition Partnerships (JETPs)	5
China – unverzichtbar für den globalen Klimaschutz?	5
Fazit und Ausblick	6
Impressum	10
Die Autoren	10

COP27 unter schwierigen Vorzeichen

Vom 07. – 20. November 2022 fand die UN-Klimakonferenz (COP 27) mit gut 35.000 Delegierten im ägyptischen Scharm El-Scheich unter schwierigen Vorzeichen statt: Die gestiegenen Energiepreise, die sich v.a. auf eine einseitige Abhängigkeit von russischem Gas zurückführen lassen, schwächen insbesondere die europäischen Volkswirtschaften. Gleichzeitig sind auch die Entwicklungsländer von den gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreisen direkt wie indirekt betroffen. So haben die Konsequenzen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine die Zahl der Menschen, die unter Energiearmut leiden oder gar in extreme Armut abgerutscht sind, nochmal erheblich ansteigen lassen. In dieser Gemengelage erleben die fossilen Energien vielerorts eine „Renaissance“, was sich beispielsweise in Deutschland anhand des Weiterbetriebs von Kohlekraftwerken sowie in der neu aufgeflammt Diskussion um die Kernenergie zeigt. Hinzu kommt, dass in vielen Schwellenländern, in denen der Energiebedarf stetig wächst, die Kohle bei der Stromproduktion nach wie vor eine zentrale Rolle spielt und es besteht angesichts der weltweit angespannten Energieversorgungssituation wenig Interesse, sich auf ein verbindliches Ausstiegsdatum aus der Kohlenutzung zu einigen. Forderungen nach einem Absenken des Ambitionsniveaus in Sachen Klimaschutz waren somit von verschiedenen Seiten beim Klimagipfel vernehmbar, obwohl die jüngsten Sachstandsberichte des Weltklimarates (IPCC-Berichte) von 2021 und 2022 unmissverständlich verdeutlichen, dass der Klimawandel schneller voranschreitet als erwartet und Extremwetterereignisse noch häufiger und intensiver auftreten werden. Eine globale Trendwende mit einer deutlichen Reduzierung der Treibhausgasemissionen ist daher dringend erforderlich, denn abgesehen von der deutlichen „Corona-Delle“ im Jahr 2020 sind die globalen Emissionen in den letzten Jahren kontinuierlich weiter angestiegen. Dass der russische Angriffskrieg den globalen Kampf gegen den Klimawandel verlangsamen könnte, obgleich diese für die Menschheit überlebenswichtige Aufgabe objektiv betrachtet keinen Aufschub mehr erlaubt, war folglich die herausfordernde Ausgangslage für die Staatengemeinschaft bei der COP27.

Der UNFCCC-Prozess: Ein Schritt nach vorne, zwei zurück?

Eine Ursache dafür liegt auch in der Komplexität des 1992 auf dem „Erdgipfel“ in Rio de Janeiro unterzeichneten United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC). Die damit verknüpften jährlichen Klimakonferenzen bilden das bekannteste multilaterale Instrument der internationalen Klimapolitik. Mittlerweile gehören dem UNFCCC 196 Vertragsparteien und die Europäische Union an. Der Handlungsdruck ist somit enorm, Jahr für Jahr einen kohärenten und gleichzeitig ambitionierten Abschluss bei den Konferenzen zu erzielen. Da vor diesem Hintergrund die Weltklimakonferenzen in der Vergangenheit zudem regelmäßig hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind, wundert es nicht, dass bei vielen Aktivistinnen und Aktivisten sowie auch in der Wissenschaft und Politik der Prozess nicht unumstritten ist und die Bewertung der erreichten Ziele oftmals – je nach Perspektive – unterschiedlich ausfällt. Im Einzelnen handelte es sich bei der COP in Ägypten um folgende zentrale Ergebnisse, deren Umsetzung Auswirkungen für die künftige internationale Klimapolitik haben könnte:

Klimafinanzierung

Um die unter den Folgen des Klimawandels bereits besonders leidenden Entwicklungs- und Schwellenländer zu unterstützen, waren seitens dieser Länder auch hohe Erwartungen mit der zukünftigen Klimafinanzierung verbunden, die sich allerdings nur teilweise erfüllt haben. So gelang es zuletzt erneut nicht, die im Rahmen der UN-Klimakonferenz (COP 15) vereinbarten jährlichen 100 Milliarden US-Dollar, die Entwicklungs- und Schwellenländern zwischen 2020 und 2025 für Maßnahmen zur Emissionsminderung und zur Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung gestellt werden sollten, aufzubringen. Laut OECD wurden nur rund 83 Milliarden US-Dollar bereitgestellt.¹ Zudem ist es nicht gelungen, ein neues und noch ambitionierteres Finanzierungsziel für den Zeitraum ab 2025 zu vereinbaren, obwohl das von der Gruppe der besonders betroffenen Entwicklungsländer gefordert wurde. Diese argumentieren, dass die derzeitigen Mittel bei Weitem nicht ausreichen. Die Abschlusserklärung beinhaltet dennoch lediglich einen Appell an die Vertragsparteien, die bereits versprochenen Ziele einzuhalten.

Fonds für Schäden und Verluste

Einen Teilerfolg erzielten die Entwicklungs- und Schwellenländer durch die Einigung, einen Fonds für Schäden und Verluste einzusetzen. Unter dem im Englischen „loss and damage“ genannten Begriffspaar werden Schäden und Verluste subsumiert, die in der Regel auf die Auswirkungen des Klimawandels zurückzuführen sind und sich weder durch „Mitigation“ (Vermeidung und Verringerung von Treibhausgasemissionen) noch durch „Adaptation“ (Anpassung an den Klimawandel) vermeiden lassen. Entwicklungsländer sind etwa durch vermehrt auftretende Dürren, Starkregenereignisse und den Anstieg des Meeresspiegels stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen und haben im Vergleich zu den wichtigsten (historischen) Emittenten, die vorwiegend im Globalen Norden zu finden sind, zu dessen Voranschreiten kaum nennenswert beigetragen. Während bei der letzten COP nur der „Glasgow Dialogue“ ins Leben gerufen worden war, um die Modalitäten für die Finanzierung von Maßnahmen zur Bewältigung von Schäden und Verlusten durch den Klimawandel in jährlichen Sitzungen bis 2024 zu erörtern, gelang es in Scharm-El-Scheich erstmalig, „loss and damage“ auf die Agenda der COP zu setzen. Insbesondere aus den USA und der Europäischen Union hatte es Stimmen gegeben, die vor ausufernden Entschädigungsforderungen gewarnt hatten und damit die Einrichtung eines Fonds verhindern wollten. Eine Rolle für den Sinneswandel der EU, die sich spät, aber dann durchaus vehement für den Fonds einsetzte, könnte gespielt haben, dass die Diskrepanz zwischen den Ankündigungen vor und dem Handeln in der Energiekrise des vermeintlichen europäischen Vorreiters in Sachen Klimaschutz für Frustration in den Entwicklungsländern gesorgt hatte und die EU-Verhandler die Partner im Globalen Süden nicht abermals enttäuschen wollten.

Trotz der Einigung auf die Einrichtung eines solchen Instruments, kann es sich aus Sicht der Entwicklungsländer nur um einen Etappensieg handeln. Die genaue Ausgestaltung bleibt nämlich weiterhin unklar. Eine Arbeitsgruppe aus 24 Mitgliedern, davon 14 aus Entwicklungsländern, soll erst bis zur COP 28 entsprechende Vorschläge erarbeiten. Unter anderem stellt sich die Frage, was „loss and damage“ genau bedeutet, das heißt, welche Arten von Schäden durch den Fonds

abgedeckt werden können. Zudem wird noch zu klären sein, welche Staaten sich aktiv an dem Fonds beteiligen werden, was letztlich über die finanzielle Schlagkraft des Fonds mitentscheiden wird. Hierbei ist die Rolle Chinas maßgeblich, das die Einrichtung des Fonds zwar unterstützt hatte und sich zugleich noch immer auf seinen Status als Entwicklungsland beruft und folglich nicht einzahlen möchte. Insbesondere die USA und die EU scheinen dies nicht länger tolerieren zu wollen und intensivieren ihre Anstrengungen, um China stärker in die Verantwortung zu nehmen. Auch die Frage, welche Länder konkret von dem Fonds profitieren und für unwiederbringliche Schäden und Verluste kompensiert werden sollen, wird ebenfalls erst noch von dem eingesetzten Komitee bearbeitet werden und lässt damit noch einige Fragen über die möglichen Nutznießer und das Ausmaß an Unterstützung offen. Die abschließende Beantwortung all dieser Fragen wird mitunter entscheidend sein, um den Stellenwert eines solchen Fonds für Schäden und Verluste aus Sicht der betroffenen Entwicklungsländer einzuschätzen.

Das 1,5 Grad-Ziel – noch erreichbar oder schon Illusion?

Die COP27 musste sich darüber hinaus vor allem daran messen lassen, ob das 1,5 Grad Ziel weiterhin gilt. Hier fiel das Ergebnis ambivalent aus. Zwar wurden die Ziele des Klimaabkommens von Paris grundsätzlich bekräftigt und die Abschlusserklärung verweist darauf, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad, möglichst aber 1,5 Grad verglichen mit dem vorindustriellen Niveau, begrenzen zu wollen. Dies bedeutet, dass die weltweiten Treibhausgasemissionen bis 2030 um 43 Prozent im Vergleich zum Ausstoß im Jahr 2019 sinken und die Welt um 2050 klimaneutral leben und wirtschaften müsste.² Allerdings wurde beim Blick auf die konkreten Formulierungen und Maßnahmen schnell deutlich, dass es nicht gelungen ist, beim Ausstieg aus den fossilen Energien in dem Maße voranzukommen, welches nötig wäre, um nach wissenschaftlicher Einschätzung eine realistische Chance auf das Erreichen des 1,5-Grad-Ziels aufrechtzuerhalten. Auch der Ausbau erneuerbarer Energien kommt als Teil einer weichen Formulierung erstmals ausdrücklich vor und das Bekenntnis zum Ausstieg aus der Kohle wird ebenfalls bekräftigt. Kritik allerdings kommt nicht zu Unrecht etwa von NGOs und Klimaschutzorganisationen daran, dass auch die auf der Konferenz stark vertretene Öl- und Gaslobby und die Delegierten der Förderländer ihrerseits Erfolge erzielen konnten. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) bemängelt konkret, dass „der Ausstieg aus fossilem Erdöl und Gas in der Abschlusserklärung vollkommen ausgeklammert wurde“³. So hatte Indien zum Ende der Konferenz hin den Vorschlag gemacht, statt dem Herunterfahren der Kohleverbrennung („phase-down coal“) ein Herunterfahren aller fossiler Energieträger in Betracht zu ziehen und dies schriftlich festzuhalten, war damit aber trotz der Unterstützung durch die EU, Großbritannien, die USA und vieler weiterer Staaten am Widerstand etwa der Golfstaaten gescheitert⁴. Auch die ägyptische COP-Präsidentschaft ignorierte den späten Vorstoß dieser Länder und legte den nun beschlossenen Text zur Abstimmung vor, der weder einen Ausstieg aus fossilen Energien noch den von der EU geforderten globalen Emissionspeak im Jahr 2025 erwähnt.

Vor diesem Hintergrund zeichnet sich für die kommende COP28, die ab dem 30. November 2023 in Dubai stattfinden wird, somit zweierlei ab, das für die Glaubwürdigkeit eines Festhaltens am 1,5 Grad-Ziel entscheidend sein wird: Zum einen, ob der Fonds für den Ausgleich von Schäden und Verlusten erfolgreich umgesetzt werden kann, was auch vom weiteren Engagement der Industrieländer abhängt und für viele Entwicklungsländer der Lackmustest für die weitere Zusammenarbeit sein wird. Aber auch inwiefern China seine Rolle in der internationalen Klimapolitik neu definiert und sich als Emittent versteht, der sich im Rahmen der Verhandlungen als Geber einbringt. Zum anderen steht die globale Bestandsaufnahme („Global Stocktake“, GST), die auf der UN-Klimakonferenz in Glasgow im vergangenen November (COP26) eingeleitet wurde, vor ihrem Abschluss. Jede globale Bestandsaufnahme ist ein zweijähriger Prozess, der alle fünf Jahre stattfindet. Die GST dient dazu, kollektive Fortschritte im Rahmen des Pariser Abkommens zu bewerten und Möglichkeiten für verstärkte Maßnahmen und Unterstützung aufzuzeigen.⁵ Da die GST jeweils zwei Jahre vor der erneuten Vorlage von nationalen Klimaschutzbeiträgen (NDCs) stattfindet, könnte sie auf nationalstaatlicher Ebene Handlungsdruck entfalten, um die Weichen für weiteres ambitioniertes Handeln auf dem Weg zur Klimaneutralität zu stellen. Spätestens dann wird sich abzeichnen, ob das 1,5 Grad-Ziel weiterhin in Reichweite ist.

Klimaschutz-Initiativen im Rahmen von G7 und G20 – alternativ oder komplementär?

Einen zusätzlichen Hebel bzw. eine Plattform zur Erarbeitung und Implementierung von zwischenstaatlich abgestimmten Antworten auf die Herausforderungen in der Klimapolitik stellen die G7 und G20 dar, die insbesondere in diesem Jahr verstärkt klimapolitische Fragen adressiert haben. So hat der G20-Gipfel in Bali zu einer klimapolitischen Annäherung zwischen China und den USA geführt, nachdem die Zusammenarbeit seit der Klimakonferenz in Glasgow aufgrund der jüngsten Spannungen auf einem Tiefpunkt angelangt war. Dies belegt, wie stark der UNFCCC-Prozess in Teilen bereits mit multilateralen Verhandlungen und Initiativen im Rahmen von G7 und G20 verknüpft und verschränkt ist.

Globaler Schutzschirm gegen Klimarisiken

Mit der 2017 gegründeten InsuResilience Global Partnership (IGP) für Finanzierungs- und Versicherungslösungen für Klima- und Katastrophenrisiken in Entwicklungsländern konnten bereits 24 Programme mit mehr als 300 Projekten in 100 Ländern gefördert werden und 2021 wurden bereits 150 Millionen Menschen finanziell gegen Klimarisiken abgesichert.⁶ Allerdings dient dieser Ansatz nicht als Allheilmittel, da gerade in besonders vulnerablen Regionen das Risiko für viele Anbieter schwer einzuschätzen ist. Da die Gelder für die Versicherungspolizen zudem aus den Industriestaaten kommen, ist es unklar, inwieweit sich langfristig ein eigenes, tragfähiges Geschäftsmodell in den meisten Staaten entwickeln kann. Um die Ärmsten und Vulnerabelsten zu schützen, müssen die Versicherungen „bedarfsorientiert, leicht zugänglich und vor allem bezahlbar sein“.⁷ Deutschland hat daher seine G7-Präsidentschaft dafür genutzt, um in enger Zusammenarbeit mit den 58 besonders vulnerablen Staaten (V20) den Aufbau eines globalen Schutzschirms („Global Shield“) gegen Klimarisiken in die Verhandlungen einzubringen und damit die Schwächen der anderen Initiativen gerade gegenüber den besonders vulnerablen Entwicklungsländern abzufedern. Der globale Schutzschirm verfolgt das Ziel, dass „[die] Absicherung gegen Klimarisiken [...] im Vergleich zu den bisherigen Instrumenten systematischer, kohärenter und dauerhafter werden [soll].“⁸ Der Schutzschirm baut auf bereits existierende Instrumente wie die InsuResilience Global Partnership (IGP) auf und möchte zusätzliche Finanzmittel mobilisieren.⁹ Inwiefern das Konzept aufgeht, wird sich in den kommenden Jahren zeigen. Der Erfolg des globalen Schutzschirms ist mitunter daran geknüpft, dass ausreichend Finanzmittel bereitgestellt werden und sich andere finanzstarke Staaten ebenfalls beteiligen. Während Deutschland für den globalen Schutzschirm sowie die Klimarisikofinanzierung eine Anschubfinanzierung von 170 Millionen Euro zur Verfügung stellen wird¹⁰, haben sich bereits u.a. Frankreich und Kanada ebenfalls angeschlossen.

Just Energy Transition Partnerships (JETPs)

Im Rahmen der COP27 gelang es zudem, den Investitionsplan mit Südafrika für die mit dem Land beschlossene JETPs zu verabschieden. Bereits auf der COP26 in Glasgow hatten sich die G7-Staaten Deutschland, Großbritannien, die USA, Frankreich und die EU mit Südafrika über eine JETP verständigt. Insgesamt 8,5 Milliarden US-Dollar wurden 2021 dafür mobilisiert. Deutschland hat neben den schon bereitgestellten 700 Millionen Euro nun nochmals 320 Millionen Euro zugesagt.¹¹ Diese Partnerschaft sieht Maßnahmen, Projekte und finanzielle Unterstützung vor, um Südafrika, welches aktuell noch 85 Prozent seines Stroms aus Kohle generiert, die graduelle Abkehr von der Kohleverstromung zu erleichtern. Dabei ist ein wichtiger Aspekt, die Transition sozial gerecht und unter Einbindung von verschiedenen Stakeholdern umzusetzen. Auf dem G20-Gipfel in Bali, der während der COP stattfand, wurde zudem mit dem dortigen Gastgeber Indonesien eine weitere JETP vereinbart¹² und kann als weiterer Beleg für die wachsende Verschränkung zwischen G7/G20-Initiativen und der COP als Teil des UNFCCC-Prozesses betrachtet werden.

China – unverzichtbar für den globalen Klimaschutz?

Dass verschiedene Gipfelformate zusammenhängen, hatte sich bereits im Vorfeld der COP26 gezeigt, als „der G20-Gipfel eine neue multilaterale Sprechfähigkeit zum globalen Kohleausstieg einläuten [konnte].“¹³

Auch wenn diese Aussichten durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die damit verbundene geopolitische Polarisierung getrübt wurden, ist die Feststellung einer zunehmenden Verschränkung der multilateralen Ebenen nicht von der Hand zu weisen. Ob diese auch zu einer effektiveren internationalen Klimaschutzarchitektur führt, hängt nicht nur von den westlichen Industriestaaten, sondern insbesondere von China ab. Das Land, das für rund 27 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich und mittlerweile zum historisch zweitgrößten Emittenten der Welt aufgestiegen ist, sendet bisher ambivalente Signale aus. Während es einerseits wie kein Zweites den Ausbau erneuerbarer Energien so schnell vorantreibt, entstehen andererseits weiterhin Kohlekraftwerke und erzeugen immer noch über 50 Prozent der heimischen Energieproduktion durch das Verbrennen von Kohle.¹⁴ In diesem Jahr wurde mit über 350 Millionen Tonnen so viel Kohle gefördert wie seit einigen Jahren nicht mehr. Es wundert somit nicht, dass beim CO₂-Ausstoß pro Kopf die Volksrepublik mittlerweile bereits über dem EU-Durchschnitt liegt.¹⁵ Auch Chinas Beharren auf den Status eines Entwicklungslands, obwohl das Land der größte öffentliche Kreditgeber an Entwicklungsländer insbesondere in Afrika ist, ruft bei den Industrieländern zunehmend Unverständnis hervor und macht die Zusammenarbeit für den globalen Klimaschutz äußerst schwierig. Gleichzeitig ist ein wirksamer Klimaschutz ohne Chinas Beitrag nicht realisierbar. Ein weiteres Sondieren von Kooperationsmöglichkeiten mit Peking wird somit unvermeidbar sein. Dies hatte sich bereits am Rande des G20-Gipfels auf Bali gezeigt, als US-Präsident Biden und Chinas Präsident Xi Jinping sich auf die Fortsetzung der unterbrochenen bilateralen Klimaverhandlungen verständigten, obwohl diese Einigung auf dem Höhepunkt der geopolitischen Spannungen rund um Taiwan durchaus überraschend kam.

Fazit und Ausblick

- › Auf der COP27 konnte beim Thema Emissionsminderung ein zwischenzeitlich befürchtetes Zurückfallen hinter vorherige Vereinbarungen zwar vermieden werden, signifikante Fortschritte wurden jedoch nicht erzielt. Erstmals soll ein Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten („losses and damages“) eingerichtet werden und besonders vulnerablen Entwicklungsländern zugutekommen. In einer Zeit multipler Krisen war diese Einigung keine Selbstverständlichkeit und kann als Erfolg internationaler Klimadiplomatie gewertet werden. Da Empfehlungen für die konkrete Ausgestaltung und das Volumen dieses Finanzierungsinstruments von einer Kommission erst bis zur nächsten COP Ende 2023 erarbeitet werden sollen, ist derzeit die Wirkung eines solchen Fonds kaum ersichtlich.
- › Eine der entscheidenden Fragen, ob mittlerweile finanzstarke Schwellenländer wie insbesondere China, aber auch Indien, Indonesien, Mexiko und weitere in den Fonds einzahlen müssen, wird durch die gewählte Formulierung nicht explizit beantwortet. Wie so oft im Rahmen des UNFCCC-Prozesses wurde damit ein äußerst kontroverses, aber bedeutendes Thema an eine Arbeitsgruppe verwiesen und die Debatte auf die folgende Weltklimakonferenz verschoben. Dieses Vorgehen veranschaulicht die Defizite des UNFCCC-Prozesses, die nur durch zusätzliche Unterstützung über die Plattform der G20 abgemildert werden konnten. Statt daher Jahr für Jahr vor der Weltklimakonferenz auf den großen Durchbruch zu warten – dies gilt weniger für Expertinnen und Experten und COP-Erfahrene als für Politik und Öffentlichkeit allgemein – wäre es sinnvoller, die COP zu einer Art Hub für internationalen Klimaschutz umzugestalten und durch die Verbindung und Verschränkung mit G7- und G20-Prozessen und -Initiativen zu stärken. Da gleichzeitig die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zwar bekräftigt, aber aufgrund fehlender Verpflichtungen und mangelnder Ambitionen es zu keinem klaren Bekenntnis zum Ausstieg aus den fossilen Energieträgern gekommen ist, erscheint auch das Einhalten des 1,5°-Pfades durch die Vertragsstaaten zunehmend unrealistisch, es sei denn, es gelingt die oftmals komplexen und von nationalen Wohlstands- und Wettbewerbskalkül geprägten Verhandlungsprozesse signifikant zu beschleunigen und das Ambitionsniveau der Vertragsparteien, vor allem der größten Emittenten, nach oben zu schrauben. Eine Schlüsselrolle spielt China, das in der Verantwortung steht, sich konstruktiv mit ambitionierten Zusagen in den Prozess einzubringen und sich nicht auf den Status eines Entwicklungslandes zu berufen.

- › Kooperationen und Allianzen auf Ebene der G20-Staaten, die für rund 75 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, könnten entsprechend einen wichtigen Hebel zum Erreichen der Klimaziele darstellen und bei der Umsetzung des Prinzips der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung bei der Abkehr von fossilen Energieträgern helfen und den UNFCCC-Prozess durch die weitere Verschränkung der multilateralen Ebenen robuster gestalten. Zugleich wird es wohl auch zukünftig wichtig sein, dass verbindliche Beschlüsse auf den Klimakonferenzen gefasst werden, da nur dort auch die Entwicklungsländer direkt mitverhandeln können und die Einhaltung gegebener Versprechen vor der Weltöffentlichkeit überprüft wird. Grundsätzlich bleibt zu hoffen, dass 2023 ein Jahr des Handelns wird und bis zur globalen Bestandsaufnahme und Anpassung der NDCs auf und nach der nächsten COP28 in Dubai allen geopolitischen Spannungen zum Trotz bereits mehr Bewegung in die internationale Klimadiplomatie kommen wird, um die ambitionierten Ziele doch noch zu erreichen.

-
- ¹ Deutsche Klimafinanzierung (2022): Neue OECD-Zahlen: Industrieländer brechen \$100-Milliarden Versprechen <https://www.deutskeklimafinanzierung.de/blog/2022/08/neue-oecd-zahlen-industrielaender-haben-das-100-milliarden-versprechen-gebrochen/>. (zuletzt abgerufen am 19.12.2022).
- ² NTV (2022). Was steht im Abschlussdokument von Scharm el Scheich? Durchwachsene Bilanz: Was steht im Abschlussdokument von Scharm el Scheich? - n-tv.de (zuletzt abgerufen 26.11.2022)
- ³ Deutsche Umwelthilfe (2022): Abschlusserklärung COP27: Deutsche Umwelthilfe bewertet Ergebnisse des Weltklimagipfels als unzureichend, um fossile Abhängigkeiten zu reduzieren. Abschlusserklärung COP27: Deutsche Umwelthilfe bewertet Ergebnisse des Weltklimagipfels als unzureichend, um fossile Abhängigkeiten zu reduzieren – Deutsche Umwelthilfe e.V. (duh.de) (zuletzt abgerufen am 27.11.2022).
- ⁴ FAZ (2022). „Hoffnung und Frustration liegen nahe beieinander“. Klimakonferenz COP27: Die Ergebnisse im Überblick (faz.net) (zuletzt abgerufen am 24.11.2022).
- ⁵ Umweltbundesamt (2022). „Begleitung der ersten Globalen Bestandsaufnahme zum Klimaschutz“. Begleitung der ersten Globalen Bestandsaufnahme zum Klimaschutz | Umweltbundesamt (zuletzt abgerufen am 15.12.2022).
- ⁶ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2022): Klimarisikoversicherungen. <https://www.bmz.de/de/themen/klimawandel-und-entwicklung/klimarisikoversicherungen> (zuletzt abgerufen am 07.11.2022).
- ⁷ Felix Dill (2020): Klimarisikoversicherungen. Rette sich wer kann. In: Zeit Online vom 21.11.2020. https://www.zeit.de/2020/48/klimarisikoversicherungen-folgen-klimawandel-naturkatastrophen-profit-versicherungskonzerne?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F (zuletzt abgerufen am 19.12.2022).
- ⁸ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2022): Ein globaler Klimarisiko-Schutzschirm: Deutschlands G7-Angebot im Einsatz gegen Klimaschäden und – Verluste in Entwicklungsländern. <https://www.bmz.de/resource/blob/116688/bfeaea05d042b17a04f1664fc184fe68/factsheet-schutzschirm-klimarischen-data.pdf> (zuletzt abgerufen am 07.11.2022): 3.
- ⁹ Vgl. Astrid Zwick (2022): Klimabedingte Schäden und Verluste: Unterstützung der Menschen in den von der Klimakrise am stärksten betroffenen Regionen bei der Bewältigung. Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) des Deutschen Bundestages am 12. Oktober 2022. <https://www.bundestag.de/resource/blob/915168/c10e7e09daae24e00b8faa64dad7160b/Stellungnahme-SV-Zwick-data.pdf> (zuletzt abgerufen am 07.11.2022).
- ¹⁰ Die Bundesregierung (2022): Rede von Bundeskanzler Scholz anlässlich der 27. Konferenz der Vereinten Nationen zum Klimawandel am 07. November 2022 in Sharm-el-Sheikh. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzler-scholz-anlaesslich-der-27-konferenz-der-vereinten-nationen-zum-klimawandel-am-7-november-2022-in-sharm-el-sheikh-2140584> (zuletzt abgerufen am 09.11.2022).
- ¹¹ Die Bundesregierung (2022): Gemeinsam für einen starken Klimaschutz weltweit. Weltklimakonferenz in Ägypten | Bundesregierung (zuletzt abgerufen am 27.11.2022).
- ¹² Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (2022): COP27 geht nach zähen Verhandlungen mit gemischtem Ergebnis zu Ende. COP27

geht nach zähen Verhandlungen mit gemischtem Ergebnis zu Ende | Pressemitteilung | BMUV (zuletzt abgerufen 28.11.2022).

- ¹³ Christian Hübner (2021): COP26: Ein kleiner Fortschritt für den Klimaschutz. In: Monitor Nachhaltigkeit Nr. 6/2021.
<https://www.kas.de/documents/252038/11055681/Ein+kleiner+Fortschritt+f%C3%BCr+den+Klimaschutz.pdf/d1bb2935-474b-a6da-37ef-b5039c7ac7db> (zuletzt abgerufen am 07.11.2022): 3.
- ¹⁴ Hendrik Ankenbrand (2022): China hängt an der Kohle. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.11.2022, Nr. 261: 15.
- ¹⁵ Tagesschau (2022): Deutlich mehr Kohleförderung. Energiebedarf in China: Deutlich mehr Kohleförderung | tagesschau.de (zuletzt abgerufen 18.12.2022).

Impressum

Die Autoren

André Algermißen ist Referent für Klima, Landwirtschaft und Umwelt in der Abteilung Agenda 2030 der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Kevin Oswald ist Referent für Energie und Ressourcen in der Abteilung Agenda 2030 der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Sabina Wölkner leitet die Abteilung Agenda 2030 der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

André Algermißen

Referent Klima, Landwirtschaft und Umwelt
Hauptabteilung Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3945

andre.algermissen@kas.de

Kevin Oswald

Referent für Energie und Ressourcen
Hauptabteilung Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3956

kevin.oswald@kas.de

Koordination der Publikationsreihe:

Gisela Elsner

Referentin Grundsatzfragen Nachhaltigkeit
Hauptabteilung Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3759

gisela.elsner@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).